

CDU und FDP jedoch präsentieren uns mit ihrer Haushaltspolitik auch im Familienbereich ihre ganz eigene Interpretation dieses Satzes. Macht auf Zeit ist für sie Happy Hour im Selbstbedienungsladen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wie anders soll man es denn bezeichnen, wenn seit dem Regierungsantritt allein im Ministerium von Herrn Stamp 41 zusätzliche und zumeist hochdotierte Stellen geschaffen wurden? Herr Minister, Sie bauen das Haus, das Ihnen auf Zeit anvertraut ist, systematisch zu einer Vize-Staatskanzlei aus. Das mag aus parteitaktischen Motiven richtig sein, aber für eine FDP, die über Jahre den Abbau von Personal in Verwaltung und Ministerien gepredigt hat, ist das zumindest bemerkenswert – andere würden vielleicht sagen: Es ist bigott.

(Beifall von der SPD)

Macht wird auf Zeit verliehen. Darum soll man mit dieser Zeit auch etwas anfangen. Vielleicht sollen diese 41 Stellen das leisten, wozu die Vertreterinnen und Vertreter der Mitte-rechts-Koalition nicht imstande sind. Neue Ideen in diesem Haushalt? – Fehlanzeige. Kein einziger Änderungsantrag zum Haushalt liegt uns von den regierungstragenden Fraktionen vor. Dabei haben wir Ihnen im Ausschuss umfassend dargelegt, wo dringender Handlungsbedarf bestünde.

Die SPD hat Ihnen vorgeschlagen, die Mittel des Kinder- und Jugendförderplans um 20 % zu erhöhen. Mehr als 130 Millionen € hätten dann für Strukturen, für Projekte und für Investitionen zur Verfügung gestanden. CDU und FDP haben dies abgelehnt.

(Zuruf von der CDU: Ist schon erhöht!)

Stichwort: vorsorgende Familienpolitik. Nach der Wahl hat sich auf diesem Gebiet bei CDU und FDP ein bemerkenswerter Gesinnungswandel vollzogen. Während Sie früher Vorsorge verschmäht haben, soll dieser Ansatz jetzt fortgeführt werden. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Sogar „Kein Kind zurücklassen“ wird unter anderem Namen bestehen bleiben. Aber wenn dieser Wandel mehr als ein Lippenbekenntnis sein soll, dann muss man die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Vorsorge und frühe Hilfe funktionieren können.

Die SPD hat Ihnen vorgeschlagen, den Ansatz für kostenfreie Elternkurse zu erhöhen. Auch finanziell benachteiligte Familien müssen die Möglichkeit haben, an diesen Kursen teilzunehmen. CDU und FDP haben dies abgelehnt.

Die SPD hat Ihnen vorgeschlagen, konkrete Maßnahmen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ergreifen. Alleinerziehende sind hier eine ganz wichtige Zielgruppe. Sie sind häufig von einem höheren Armutsrisiko betroffen. Es gibt gute Konzepte in unserem Land; man muss diese aber

auf eine breitere Basis stellen und den richtigen Weg finden, sie auch gesetzlich zu verankern.

Der Minister nickt immer zustimmend, wenn ich vom Modellprojekt „Sonne, Mond und Sterne“ berichte. Allerdings reicht es nicht, nur zustimmend zu nicken; vielmehr muss man auch im richtigen Moment den Arm heben. CDU und FDP haben dies aber abgelehnt.

(Beifall von der SPD)

Das alles tun Sie nicht. Stattdessen ruhen Sie sich auf der einmaligen schuldenfinanzierten Finanzspritze für die Kitas aus. Dabei hat Ihnen Ihre eigene Regierung im Ausschuss schwarz auf weiß bestätigt, dass es nicht ausreicht. Unter Rot-Grün wurden mehr zusätzliche Mittel für die Kitas mobilisiert, als das bei Ihnen der Fall ist.

Meine Damen und Herren, die Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen hat Besseres verdient. Noch haben Sie die Zeit, mit der Macht, die Ihnen verliehen wurde, etwas Positives zu bewegen. Mit dem Haushalt 2018 lassen Sie die Gelegenheit dafür verstreichen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Maelzer. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Kamieth.

Jens Kamieth (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei dieser Rede des SPD-Kollegen bleibt mir die Spucke weg. Wenn er von „schuldenbasierten Wohltaten“ fabuliert, hat er die Wahrheit nicht realisiert und erkennt vor allen Dingen nicht an, mit welchem Engagement die neue Landesregierung in die Regierungszeit gestartet ist

(Zuruf von der SPD)

und welche große Zustimmung sie in der Bevölkerung und vor allen Dingen in der Fachöffentlichkeit erhalten hat.

Wir reden hier über den Einzelplan 7. Wir legen also die Wurzeln, die Grundlagen für Familie, Kinder und Jugend, und damit für die gesamte Bildungsbiografie der Kinder in unserem Land.

Lassen Sie mich das anhand einiger Beispiele erläutern:

Frühe Bildung: Unser zentrales Ziel ist es, die Bildungschancen eines jeden Kindes in unserem Land zu verbessern – unabhängig von seiner sozialen oder ethnischen Herkunft. Für uns ist nicht die Herkunft eines Kindes entscheidend, sondern seine Zukunft. Denn damit entscheiden wir auch über die Zukunft unseres Landes.

Die NRW-Koalition hat hier schnell reagiert. Wir haben mit dem Nachtragshaushalt das Kita-Träger-Rettungsprogramm mit einer halben Milliarde Euro zur Verfügung gestellt und mit diesem ersten Schritt Soforthilfe geleistet.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Mit einem zweiten Schritt werden wir die strukturellen Änderungen hin zu einer auskömmlichen und dauerhaft tragfähigen Kitafinanzierung vornehmen. Wir werden das Kinderbildungsgesetz im kommenden Haushaltsjahr in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Akteuren reformieren. Damit schaffen wir grundlegend bessere Rahmenbedingungen für die Kindertagesbetreuung in NRW – sowohl finanziell als auch qualitativ. Wir werden dabei natürlich auch Aspekte des guten Projekts „Sonne, Mond und Sterne“ berücksichtigen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ach!)

Eine bessere Kindertagesbetreuung heißt allerdings auch, dass wir den Platzausbau vorantreiben müssen. Zum Kindergartenjahr 2018/2019 stehen Mittel für mehr als 19.000 zusätzliche Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege bereit. Das begrüße ich ausdrücklich.

Ein weiteres Schwerpunktthema ist die Prävention. Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Prävention überall im Land systematisch, flächendeckend und nachhaltig zu stärken. Hierzu sollen Strukturen auf örtlicher Ebene weiterentwickelt werden. Aus diesem Grund wollen wir gemeinsam mit den Kommunen Unterstützungssysteme besser und dichter knüpfen. Zudem haben wir die Finanzierung des Modellprojekts „Kommunale Präventionsketten“ bis Ende 2018 sichergestellt, und für bestehende Lücken haben wir zusätzlich 1,7 Millionen € in die Hand genommen.

Jugend: Neben der frühkindlichen Bildung legt die Landesregierung einen besonderen Fokus auf die Jugendpolitik. Das zentrale Instrument ist hier der Kinder- und Jugendförderplan, dessen Mittel wir, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, auf 120 Millionen € erhöht haben, und den wir ab 2019 dynamisch anwachsen lassen.

Damit, Herr Dr. Maelzer, haben wir eine prozentual deutlich größere Erhöhung vorgenommen als Sie im letzten Jahr – auf unseren Antrag hin, nebenbei bemerkt. Bitte erkennen Sie doch an, dass hier von den Haushaltern gute Arbeit geleistet worden ist, die auch in der Fachöffentlichkeit zu einer großen Zufriedenheit geführt hat!

Die neue Landesregierung erkennt an, dass der „dritte Lernort“, wie die Vereine im Land bezeichnet werden, neben Schule und Familie auch informelle Bildung vermittelt. Dieser dritte Lernort bedeutet eine essenzielle Unterstützung für die Bildung und Ent-

wicklung unserer Kinder und Jugendlichen. Das werden wir noch besser fördern als bisher – sowohl im Hinblick auf die Infrastruktur als auch die Projekte.

Familien: Auch die Familien stehen im besonderen Fokus der neuen Landesregierung. Wir werden die Familienzentren weiter ausbauen; denn hier wird niedrigschwellig ein unerlässlicher Beitrag für gute Startchancen für Kinder geleistet, und die Erziehungs- und Bildungskompetenz der Eltern wird weiter gefördert.

Die Familienbildung ist ein wichtiger Partner der Jugendhilfe, der Eltern von Anfang an an ihre Erziehungsverantwortung erinnert, sie begleitet und unterstützt. Auch diesen wichtigen Bereich wollen wir auf fast 24 Millionen € erhöhen.

Mit der Familienberatung wollen wir in 2018 eine weitere Stütze im Familienalltag mit rund 20,5 Millionen € stärker fördern. Dass hier viel Bedarf besteht, belegen die hohen Fallzahlen. Dem werden wir gerecht.

(Beifall von der CDU)

LSBTI: Die NRW-Koalition steht für die Wertschätzung von Vielfalt. Dass sich das Familienministerium – dort die Familienabteilung – um das Thema „LSBTI“ kümmert, ist ein bewusstes politisches Statement für die Gleichstellung. Der Haushaltsansatz im Bereich LSBTI wird überrollt. Mit den existierenden Mitteln werden, dem Koalitionsvertrag entsprechend, zahlreiche Aktivitäten geplant und realisiert.

Meine Erläuterungen belegen: Wir gestalten und unterstützen die Kinder- und Jugendpolitik in unserem Land aktiv. In einem kulturell zukunftsgerichteten und weltoffenen NRW stehen wir für Vielfalt und Toleranz und eröffnen jeder Frau und jedem Mann bestmögliche Bildungs- und Entwicklungschancen von Anfang an.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Frühkindliche Bildung und die Unterstützung von Familien sind zentrale politische Themen. Die Herausforderungen im Kitabereich sind groß; sie werden auch hier immer wieder in unterschiedlichster Art und Weise beschrieben.

Die Debatte zum Thema „Kinder in diesem Land“ ist heute mal erfreulich runtergezoozt, im Vergleich zu